FÜR FAIRE BESCHÄFTIGUNG AN DEUTSCHEN HOCHSCHULEN

3. ABSCHAFFUNG DER HABILITATION

Im internationalen Vergleich einigermaßen einzigartig ist auch die Habilitation, die u.a. die skandalöse Situation der Privatdozent*innen bedingt. Solange die Habilitation als Bedingung für die Berufung auf eine Professur regelhaft vorausgesetzt wird, ist die wichtigste Forderung hier die nach der angemessenen Entlohnung und Absicherung der Habilitierten (s. Punkt 4). Mittelfristig fordern wir aber die Abschaffung der Habilitation: Sie stellt weder ein sinnvolles Instrument zur fachlichen Bewertung noch zur Sicherstellung von Lehrkompetenz dar. Darüber hinaus suggerieren Habilitationen,dass man erst nach ihrem Abschluss vollgültige*r Wissenschaftler*in ist.

Die Fähigkeit zur eigenständigen wissenschaftlichen Arbeit wird jedoch mit der Doktorarbeit nachgewiesen. Formal gilt die Habilitation auch als Lehrbefugnis. De facto wird aber der größte Teil der Lehre von Nicht-Habilitierten getragen. Kurz: Der Schritt in die reguläre wissenschaftliche Beschäftigung muss nach der Promotion erfolgen.

→ Wir fordern:
Abschaffung der Habilitation als Qualifikationsstufe.

4. LEHRAUFTRÄGE UND »TITELLEHRE« MÜSSEN ANGEMESSEN ENTLOHNT WERDEN

Mit der Einführung regulärer, entfristeter Beschäftigungsverhältnisse muss auch die skandalöse Situation der nicht sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Forschung und Lehre grundlegend reformiert werden. Lehraufträge sichern an vielen Hochschulen einen relevanten Anteil des grundständigen Lehrbedarfs, werden aber meist, wenn überhaupt, weit unter Mindestlohn oder blöd symbolisch honoriert. Wir fordern Deckung des Lehrbedarfs herangezogen werden, und zugleich, dass sie, sofern im Ausnahmefall vergeben, dem Qualifikationsniveau und Arbeitsaufwand der Lehrenden entsprechend honoriert werden.

Drinnend reformiert werden muss außerdem die unwürdige Situation der Privatdozent*innen. Mit dem Qualifikationsschritt der Habilitation verlieren die derzeit zwischen 5.000 bis 7.000 an deutschen Universitäten unbezahlt tätigen Privatdozent*innen den Anspruch auf Bezahlung ihrer Lehrtätigkeit und werden zu unbezahlter Tätigkeit gezwungen.

→ Wir fordern: Angemessene Bezahlung nicht nur für vertragslich Beschäftigte, sondern auch für Lehrbeauftragte und Privatdozent*innen.

5. ABBAU VON UNGLEICHHEITEN UND DISKRIMINIERUNG

Die Prekarität wissenschaftlicher Berufswege verstärkt soziale Selektionsmechanismen, insbesondere hinsichtlich der Ungleichheitsmerkmale Geschlecht, Hautfarbe und Herkunft. Trotz steigender Zahlen von weiblichen Studierenden und Promovierenden sind nur rund ein Viertel der Professuren von Hochschullehrtätigkeiten mit Frauen besetzt. Auch Menschen, die eine Migrations- oder Fluchtgeschichte haben, aus nicht-akademischen Milieus kommen oder mit Behinderungen und chronischen Krankheiten leben sind in den höheren Karrierestufen der Wissenschaft nach wie vor deutlich unterrepräsentiert. Wissenschaftlerinnen sind weit häufiger befristet angestellt als ihre männlichen Kollegen. Langwierige Qualifikationsphasen auf befristeten Verträgen bevorteilen diejenigen, die ohnehin ökonomisch abgesichert und keinen strukturellen Diskriminierungen ausgesetzt sind.

Eine demokratische Hochschule muss der Vielfalt ihrer Wissenschaftler*innen unterschiedlicher sozialer Klassen, Geschlechter, Hautfarben und Herkünfte gerecht werden. Das erfordert strukturelle Veränderungen wie etwa verpflichtende Förderprogramme und verbindliche Kriterien der Stellenbesetzung, um Ungleichheiten und Diskriminierungen abzubauen.

→ Wir fordern den Abbau von Ungleichheiten und diskriminierungsfreie Verhältnisse an Hochschulen und Forschungseinrichtungen!

6. AUFLÖSUNG DER LEHRSTUHLE, DEMOKRATISIERUNG DER INSTITUTE

Mit der ubiquitären Befristung des Mittelbaus, der Ausweitung drittmittelbasierter Forschung und einer stagnierenden Professurenzahl hat die professorale Macht gegenüber dem sonstigen wissenschaftlichen Personal zugenommen. Der Drittmittelbetrieb und die sogenannte Exzellenzinitiative haben die Hierarchisierung und die massiven persönlichen Abhängigkeiten an Universitäten verstärkt.

Wir fordern eine Demokratisierung auf allen Ebenen. Unmittelbar gilt es, die bestehenden Strukturen der akademischen Selbstverwaltung gegenüber Tendenzen zur „unternehmerischen" Herrschaft der Hochschulleitungen, Hochschulräte und drittmittelstarken Bereiche zu verteidigen. Mittelfristig geht es um eine Reform dieser Strukturen hin zu einem paritätischen System mit Gleichberechtigung aller beteiligten Gruppen in allen Hochschulgremien. Schließlich wird es für eine demokratische Hochschule unabdingbar sein, das Lehrstuhlsystem durch demokratisch selbstverwaltete Institute mit einer Bandbreite formal gleichberechtigter, unbefristeter Positionen zu ersetzen.

→ Wir fordern: Demokratisierung der Hochschulen, Auflösung der Lehrstühle zugunsten einer demokratisch organisierten Departementstruktur.

7. DIE GRUNDFINANZIERUNG DER HOCHSCHULEN STÄRKEN

Die Umstellung akademischer Forschung auf Drittmittelfinanzierung wird regelmäßig als Problem benannt, aber nicht effektiv bekämpft. Dabei handelt es sich um eine klare Fehlentwicklung: Drittmittelfinanzierung verstärkt Prekarität, erschwert längerfristige Planungen und vergeudet Arbeitsressourcen.

Angesichts dessen müssen Bund und Länder dafür sorgen, dass Hochschulbudgets ausreichen, um kontinuierliche, freie und angemessen bezahlte Forschung und Lehre zu gewährleisten. Wachsende Studierendenzahlen dürfen nicht länger ‚unsichtbar' durch unbezahlte Arbeit und Mehrbelastung der Beschäftigten kompensiert werden. Die Auflösung des Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern bietet eine Grundlage für den nötigen Umbau: Statt immer neue Initiativen einzurichten, sollte sich die Bundesregierung zu einer dauerhaften Hochschulunterstützung verpflichten. Diese muss dem Zweck dienen, wissenschaftliche Dauerstellen zu schaffen. Darüber hinaus schlagen wir eine Umschichtung des DFG-Etats und der BMBF-Projektförderung zugunsten stärkere Anbindung außeruniversitärer Forschungsinstitute an die Universitäten vor.

→ Wir fordern: Umstellung vom Projektbetrieb auf den Ausbau der Grundfinanzierung der Hochschulen in Anpassung an die realen Studierendenzahlen.

FORDERUNGEN DES NETZWERKS FÜR GUTE ARBEIT IN DER WISSENSCHAFT

Prekarität statt Exzellenz:

Das ist die vorherrschende Realität im deutschen Wissenschaftssystem, das strukturell auf unsicherer Beschäftigung und nicht selten auf Dumpinglöhnen basiert. Über 93% der Stellen im sogenannten wissenschaftlichen Mittelbau an deutschen Hochschulen sind befristet, und für die Mehrheit der so beschäftigten Wissenschaftler*innen besteht keine Aussicht auf Verbleib in der Wissenschaft, obwohl sie bundesweit einen Großteil der regulären Forschung und Lehre stemmen. Dies ist ein gesellschaftlicher Skandal.

Wir, Promovierende, Post-Docs, Lehrbeauftragte, Privatdozent*innen, Projektmitarbeiter*innen, studentische Beschäftigte und Professor*innen an deutschen Hochschulen, sind nicht länger bereit, diesen Zustand stillschweigend mitzutragen. Deshalb haben wir das fächerübergreifend und bundesweit aktive »**Netzwerk für Gute Arbeit in der Wissenschaft**« gegründet.

Gemeinsam fordern wir eine grundlegende Reform des deutschen Hochschulsystems, orientiert an folgenden Kernpunkten:

1. KEIN SONDERBEFRISTUNGSRECHT FÜR HOCHSCHULEN

Wir brauchen entfristete Beschäftigungsverhältnisse als Standard spätestens nach der Promotion. Nur so können Wissenschaftler*innen sowohl ihre berufliche Weiterentwicklung als auch ihre private Lebensplanung sinnvoll gestalten und gute wissenschaftliche Arbeit leisten. Eine wesentliche Grundlage der katastrophalen Beschäftigungssituation im akademischen Mittelbau bildet das 2007 verabschiedete Wissenschaftszeitvertragsgesetz. Es soll Dauerbefristungen im Hochschulbereich verhindern, macht aber befristete Beschäftigung zum Normalzustand. Auf Basis des WissZeitVG sind vertragliche Beschäftigungsfristen von wenigen Monaten bis im günstigeren Fall von zwei bis drei Jahren zur Regel geworden.

Es kann nicht sein, dass hochqualifizierte Fachkräfte im fortgeschrittenen Lebensalter nur noch zwei Optionen haben: entweder eine der wenigen Professuren zu ergattern oder irgendwann vom Arbeitsmarkt als überqualifizierte und spezialisierte Fachkräfte ausgemustert zu werden.

→ Wir fordern:
Abschaffung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes.

2. ADÄQUATE STELLENPROFILE FÜR DOKTORAND*INNEN, POST-DOCS UND STUDENTISCHE BESCHÄFTIGTE

Die Doktorarbeit stellt die zentrale Qualifikation für eine wissenschaftliche Laufbahn dar, wird aber in aller Regel nur mangelhaft finanziell abgesichert. Deshalb müssen verbindliche Mindestlaufzeiten für Erstverträge in der Promotionsphase eingeführt werden. Auch Faktoren, die die Promotionszeiten de facto verlängern, müssen finanziell wie zeitlich berücksichtigt werden: Elternzeit, Krankheits- und Angehörigenpflegezeiten, aber auch Lehre oder administrative Aufgaben. Ein realistischer Vorschlag, der sowohl die reale durchschnittliche Promotionsdauer als auch die tatsächliche Arbeitsbelastung der an Hochschulen beschäftigten Doktorand*innen in Rechnung stellt, sieht fünf Jahre Mindestlaufzeit plus ggf. ein Jahr Verlängerung vor. Wichtig ist außerdem, Finanzierungsmodelle für die Übergangszeiten vor und nach der Promotion zu entwickeln.

Darüber hinaus setzen wir uns für eine angemessene, d.h. an die allgemeine Lohnentwicklung im Öffentlichen Dienst angeglichene tarifliche Entlohnung aller studentischen Beschäftigten ein, sowie für eine Abkehr von den üblichen „Stückel-Verträgen" in diesem Bereich.

→ Wir fordern: Angemessene tarifliche Bezahlung und Mindestvertragslaufzeiten von studentischen Beschäftigten, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung als Standard für die gesamte fachüblich angemessene Zeit der Promotion sowie die standardmäßig entfristete Beschäftigung für Post-Docs.

WWW.MITTELBAU.NET
Kontakt
MAIL@MITTELBAU.NET
WWW.FACEBOOK.COM/MITTELBAU
Twitter **@NGA_WISS**
Mastodon **@NGAWiss@mstdn.social**

Mitgliedschaft und Spenden sind willkommen!

Alle Informationen zum Spendenkonto und zur Mitgliedschaft finden Sie auf unserer Website.

NGA WISS
NETZWERK FÜR GUTE ARBEIT IN DER WISSENSCHAFT

Druck gefördert von ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

ICH LEISTE UNBEZAHLTE ANTRAGSARBEIT UNTER DEM NAMEN MEINER VORGESETZTEN

ALS FRAU MIT MIGRATIONSHINTERGRUND BIN ICH VON BEFRISTUNG BESONDERS STARK BETROFFEN

SEIT 10 JAHREN UNBEZAHLTE TITELLEHRE

ICH PROMOVIERE AUF EINER 50%-STELLE MIT 8 SWS

30 JAHRE BERUFSERFAHRUNG AUF 20 KURZZEITVERTRÄGEN

WIR FORDERN
GUTE ARBEIT IN DER WISSENSCHAFT

NGA WISS
NETZWERK FÜR GUTE ARBEIT IN DER WISSENSCHAFT